

# Stadt Bad Rappenau

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

am Donnerstag, den 26.03.2026 - Beginn 18:00 Uhr, Ende 20:23 Uhr  
in Bad Rappenau, Rathaus, Kirchplatz 4, Sitzungssaal

### Anwesend sind:

#### Vorsitzender

Sebastian Frei

#### Mitglieder

Uwe Basler

Carmen Exner

Marko Feeser

Ulrich Feldmeyer

Markus Gabel

Elke Haas

Andreas Hagner

Jan Hemmer

Sonja Hoher

Nadine Hofmann

Sven Hofmann

Axel Jänichen

Michael Jung

Ralf Kochendörfer

Chantal-Nicola Kühne

Jan Kulka

Bertram Last

Edgar Lilli

Carina Menakker

Robin Müller

Gordan Pendelic

Manfred Rein

Timo Reinhardt

Holger Ries

Jutta Ries-Müller

Klaus Ries-Müller

Markus Ringler

Harald Scholz

Lydia Schwab

Klaus Senghaas

Kerstin Stenchly

Anika Störner

anwesend ab 19:31 Uhr, TOP 4ö - Antrag Nr.  
9 bis 20:15 Uhr, TOP 11ö

anwesend ab 18:15 Uhr, TOP 4ö - Stellung-  
nahme CDU  
entschuldigt

Gundi Störner  
Martina Trunzer  
Birgit Wacker  
Ralf Winter  
Rüdiger Winter

entschuldigt

Presse

Falk-Stephane Dezort  
Eva Goldfuß-Siedl  
Adrian Hoffmann

Schriftführer

Karina Blum

Verwaltung

Torsten Behringer  
Roland Deutschmann  
Wolfgang Franke  
Erich Haffelder  
Peter Kirchner  
Tanja Schulz  
Alexander Speer

Gäste

Felix Mann  
Marcel Mayer

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 17.03.2026 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens 33 Mitglieder (+OB) anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und Folgendes beschlossen:

Als Protokollpersonen werden die Stadträte Anika Störner und Sonja Hoher benannt.

# Sitzung des Gemeinderates

## - öffentlich -

Folgende

### Tagesordnung:

wurde abgehandelt:

1. Mitteilungen und Verschiedenes
- 1.1. Annahme von Spenden
- 1.2. Schulkostenvereinbarung HSG Bad Wimpfen  
hier: Einstellung des Verfahrens
2. Anfragen der Bürger
- 2.1. Hinweistafeln und Stadtpläne im Stadtgebiet
3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse
4. Beratung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Bad Rappenau für das Haushaltsjahr 2026 und Feststellung des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ für das Wirtschaftsjahr 2026 017/2026
5. Bewirtschaftung der Mensa der Verbundschule Bad Rappenau  
hier: Vergabeempfehlung 021/2026
6. Feuerwehrangelegenheiten 016/2026  
hier: Zustimmung nach § 8 Abs. 2 Feuerwehrgesetz Baden-Württemberg und § 11 Abs. 5 der Feuerwehrsatzung Bad Rappenau zur Wahl der stellvertretenden Kommandanten der Feuerwehr Bad Rappenau
7. Bestellung von Frau Cora Freudenberger zur weiteren Standesbeamtin 015/2026
8. Erlass einer Satzung nach § 8 Abs. 1 Ladenöffnungsgesetz über verkaufsoffene Sonntage in Bad Rappenau im Jahr 2026 014/2026
9. Reinigung und baulichen Zustandserfassung (TV-Inspektion) der Kanäle und Schächte in der Kernstadt Bad Rappenau, Bereich West 026/2026  
hier: Maßnahmenbeschluss zur Vergabe der Ingenieurleistun-

gen

- |     |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |          |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 10. | Ausführung von Kanalsanierungsarbeiten im Stadtteil Wollenberg auf der Grundlage der EKVO<br>1. Maßnahmenbeschluss<br>2 Vergabe des Planungs- und Bauleitungsauftrages<br>3. Ermächtigung des Oberbürgermeisters für Auftragsvergaben bis 500.000,00 € bei dieser Maßnahme                                                                                           | 027/2026 |
| 11. | Städtebauliche Erneuerungsmaßnahme „Nördlicher Stadtkern“<br>1. Erweiterung des Untersuchungsgebietes für die vorbereitenden Untersuchungen der Stufe 2 nach § 141 Abs. 3 BauGB<br>2. Beauftragung weiterer Beratungsleistungen an die LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH bei der Vorbereitung und Durchführung der städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme        | 018/2026 |
| 12. | Bebauungsplan „Nahverkehrszentrum 2. Änderung“ in Bad Rappenau<br>hier: Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes „Nahverkehrszentrum 2. Änderung“<br>in Bad Rappenau                                                                                                                                                                                                    | 020/2026 |
| 13. | Bebauungsplan Halmesäcker in Bad Rappenau Fürfeld<br>1. Zustimmung zur Abwägung der Stellungnahmen aus der Durchführung der erneuten Offenlage und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange<br>2. Zustimmung eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landratsamt Heilbronn<br>3. Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften | 023/2026 |
| 14. | Bebauungsplan für die „Herrlisbrunnen 5. Änderung“ in Bad Rappenau Babstadt<br>hier: Offenlagebeschluss für eine Bebauungsplanänderung nach §13a BauGB                                                                                                                                                                                                               | 019/2026 |
| 15. | Bebauungsplan für die „AGRI-PV im Stützen“ in Bad Rappenau Bonfeld<br>1. Zustimmung zur Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung<br>2. Zustimmung zum Entwurf für Planung „AGRI-PV im Stützen“ in Bad Rappenau Bonfeld<br>3. Beschluss zur Offenlage für den Bebauungsplan „AGRI-PV im Stützen“ in Bad Rappenau Bonfeld                          | 022/2026 |
| 16. | FNP 2013/2014 - 6. Änderung „im Stützen“ in Bonfeld<br>1. Beschluss zur Abwägung der Stellungnahmen und<br>2. Beschluss zur Offenlage                                                                                                                                                                                                                                | 024/2026 |

---

## 1.) Mitteilungen und Verschiedenes

---

Verteiler:  
20.1.1 E

### 1.1.) Annahme von Spenden

Rechnungsamtsleiterin Schulz verweist auf § 78 Abs. 4 GemO bezüglich der Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen. Seit der letzten Gemeinderatssitzung sind der Stadt Bad Rappenau Spenden zugegangen, sie bittet den Gemeinderat darum, die Zustimmung zur Annahme der genannten Spenden zu erteilen. Eine detaillierte Spendenliste ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigelegt und insofern Bestandteil der Niederschrift.

Ohne weitere Aussprache, ergeht folgender

#### Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme folgender Spende zu:

Spender	Betrag	Eingangsdatum	Verwendungszweck
Firma	1.300,00 €	13.03.2026	Spende für die Anschaffung von Feuerwehrausrüstung der Feuerwehr Bad Rappenau Abteilung Süd
Privatperson	349,00 €	10.03.2026	Spende eines Eucalyptus parvula ssp. Nitens Baum

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
10.1.1 K

### 1.2.) Schulkostenvereinbarung HSG Bad Wimpfen hier: Einstellung des Verfahrens

Hauptamtsleiter Franke teilt den Anwesenden mit, dass der Gemeinderat Bad Wimpfen in seiner Sitzung vom 26.02.2026 beschlossen hat das Verfahren in Bezug auf die Schulkostenbeteiligung einzustellen. Dies wurde der Stadt Bad Rappenau schriftlich bestätigt.

Als Begründung wurde die Anpassung der Schulbauförderrichtlinie genannt, wodurch fast 90% der Kosten des ersten Bauabschnitts „Cube“ gefördert werden und die restlichen Bauabschnitte zu ca. 80%.

---

## 2.) Anfragen der Bürger

Im öffentlichen Teil der Sitzung waren bis zu 10 Bürgerinnen und Bürger anwesend.

---

Verteiler:  
30.1.1 E

### **2.1.) Hinweistafeln und Stadtpläne im Stadtgebiet**

Ein Bürger teilt mit, dass im Stadtgebiet einige große und bunte Hinweistafeln mit Bildern und Stadtpläne aushängen mit Informationen zur Stadt. Er weist darauf hin, dass diese sehr veraltet sind und z.B. die Post immer noch mit dem alten Standort angezeigt wird, die Rollschuhbahn ebenfalls ausgewiesen wird und das Verkehrsamt noch in der Villa Geiger in der Salinenstraße sein soll. Er bittet um Überprüfung und Modernisierung der Tafeln, z.B. durch Überkleben mit aktuellen Infos.

Des Weiteren schlägt er vor, dass vor der Neubestellung weiterer Tafeln einige ortskundige Bad Rappenauer drüber schauen sollten.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Hinweis und sichert eine Prüfung und Behebung des Problems zu.

---

Verteiler:  
-/-

### **3.) Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse**

Die Schriftführerin gibt in Kurzform die nachfolgenden Beschlüsse aus den nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse bekannt:

- GR-Sitzung am 26.02.2026
- FVA-Sitzung am 19.03.2026
- TA-Sitzung am 23.03.2026
- GA-Sitzung am 23.02.2026

Die Zusammenstellung der nicht öffentlichen Beschlüsse ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigelegt. Eine Aussprache hierüber findet nicht statt.

---

Verteiler:  
20.1.1 E  
10.1.1 K  
30.1.1 K  
40.1.1 K  
50.1.1.K  
14.1. K  
FW K

### **4.) Beratung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Bad Rappenau für das Haushaltsjahr 2026 und Feststellung des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ für das Wirtschaftsjahr 2026**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 017/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

#### 1) Stellungnahmen der Fraktionen zum Planentwurf 2026:

Zunächst nehmen die einzelnen Fraktionen zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2026 in folgender Reihenfolge Stellung:

- Stadtrat Sven Hofmann für die FW-Fraktion
- Stadtrat Timo Reinhardt für die CDU-Fraktion
- Stadträtin Anika Störner für die SPD-Fraktion
- Stadtrat Robin Müller für die Grünen-Fraktion
- Stadtrat Klaus Ries-Müller für die ÖDP-Fraktion

#### **FW-Fraktion**

**Die Stellungnahme trägt der Stellv. Fraktionsvorsitzende Sven Hofmann vor:**

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Frei,  
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates und der Verwaltung  
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

wir erleben seit Jahren eine Zeit, in der die globale Ordnung sichtbar gestört ist. Nach den Nachwirkungen von Covid, dem anhaltenden Krieg in der Ukraine und den Konflikten im Nahen Osten kommen weitere Eskalationsstufen hinzu, die Energieversorgung, Handel und Preise immer wieder neu unter Druck setzen. Das alles bleibt nicht „da draußen“, sondern trifft am Ende auch Kommunen wie Bad Rappenau, über Kosten, Baupreise, Lieferketten und die allgemeine wirtschaftliche Lage

Baden-Württemberg hat gewählt. Es deutet vieles auf ein weiter so mit den Grünen und der CDU hin. Wobei man schon überrascht sein darf, über das Ergebnis der SPD, als wohl mittlerweile nur noch ehemalige Volkspartei und dem Erstarken der AFD.

Des Wählers Wille gilt es zu respektieren. Wir werden sehen, ob viele Wahlkampfansagen umgesetzt werden oder ob es wieder nur bei guten Ideen bleibt.

Unabhängig davon steht fest, dass unser Ländle, als Land der Tüftler und Macher, vor einem Wandel steht. Dieser Begriff wird oft genannt, entscheidend ist aber die Frage, wohin wir eigentlich wandeln, wenn unsere traditionellen Stärken wie Maschinenbau, Automobilindustrie, Zulieferer global unter Druck geraten. Das ist nicht nur Landespolitik, das ist auch Standortfrage bis hinein in unsere kommunalen Einnahmen.

#### **Wir müssen die finanzielle Realität anerkennen**

Die Frage stellt sich, was können wir hier in Bad Rappenau dafür tun, damit es hier in unseren gewohnten und geordneten Verhältnissen weiter geht?

Nach etlichen Jahren ohne Kreditaufnahme mussten auch wir im letzten Jahr wieder Darlehen aufnehmen, um liquide zu bleiben und unsere Aufgaben erfüllen zu können.

Das ist kein Vorwurf – denn wir wussten es ja alle – das ist eine nüchterne Feststellung.

Gleichzeitig läuft mit dem Bau des RappSoDie unser größtes Projekt an. Ein Projekt, das unsere Stadt nach Fertigstellung bereichern wird – aber das uns finanziell noch viele Jahre begleiten und fordern wird.

Wir wussten, dass diese Phase kommt. Deshalb hatten wir ja im vergangenen Jahr versucht,

noch ein weiteres schuldenfreies Jahr zu erreichen. Leider war dies unter den gegebenen Umständen nicht möglich.

Umso wichtiger ist es jetzt: Wir müssen die Weichen richtigstellen – für die kommenden Jahre und die kommenden Generationen.

Es darf nicht sein, dass unsere Kinder und Enkelkinder die Folgen fehlender Prioritätensetzungen tragen müssen.

### **Wir müssen klare Prioritäten setzen**

Neben der RappSoDie genießt fraktionsübergreifend der Neubau der Feuerwehr in der Kernstadt höchste Priorität. Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger ist keine freiwillige Aufgabe – Sie ist eine Kernaufgabe der Kommune.

Für die Feuerwehr ist inzwischen ein Standort gefunden mit dem Areal des ehemaligen Autohauses Rau. Dies ist eine wichtige und richtige Entscheidung.

Jetzt gilt es, dieses Projekt zügig, wirtschaftlich und mit dem nötigen Weitblick umzusetzen.

Dabei sollten wir jedoch stets eines im Auge behalten: Wir bauen nicht für heute – wir bauen für Jahrzehnte. Deshalb muss die Planung so ausgelegt sein, dass der Standort auch in 10 Jahren noch ausreichend dimensioniert ist. Es wäre fatal, wenn wir in wenigen Jahren feststellen müssten, dass die Fläche zu klein bemessen wurde.

Unsere Feuerwehrkameradinnen und -kameraden leisten täglich einen unverzichtbaren Dienst, für die Allgemeinheit. Sie brauchen keine goldenen Wasserhähne, aber Sie verdienen eine moderne, funktionale und zukunftsfähige Infrastruktur.

Gleichzeitig dürfen wir an dieser Stelle aber unseren Städtischen Bauhof nicht vergessen. Auch dort wird täglich wertvolle Arbeit für unsere Stadt geleistet – oftmals unter schwierigen Bedingungen, da auch hier die Infrastruktur schon etliche Jahre auf dem Buckel hat.

Diese Projekte werden uns gemeinsam finanziell fordern und genau deshalb müssen wir bei allen anderen Bereichen noch genauer hinschauen.

### **Wir brauchen Ehrlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern**

Ein Blick in den aktuellen Haushalt zeigt deutlich, für viele „normale“ Aufgaben bleibt nur noch wenig Spielraum. Dies müssen wir offen kommunizieren.

Die Freien Wähler sehen daher – wie bereits im vergangenen Jahr – keinen Raum für zusätzliche Haushaltsanträge die unsere Kommune weiter belasten würden und werden deshalb darauf verzichten.

Stattdessen appellieren wir wieder einmal an die Verwaltung und den Gemeinderat, weiterhin konsequent nach Einsparpotential zu suchen – sachlich und ohne ideologische Scheuklappen.

### **Wir müssen Bürokratie abbauen statt ausbauen**

Ein weiteres Thema, das viele Bürger bewegt, ist die zunehmende Bürokratie.

Landauf, landab wird über immer mehr Regelungen, Dokumentationspflichten und Vorgaben geklagt. Wir sollten uns fragen: tragen wir auf kommunaler Ebenen dazu bei – oder können auch wir einiges vereinfachen?

Als Beispiel sei der Lärmaktionsplan genannt, gut gemeint und in vielen Dingen auch sinnvoll, aber müssen dafür am Ende gefühlt 50 neue Tempo 30 Schilder überall angebracht werden? Wäre hier nicht eine einfachere Variante denkbar gewesen, analog Heilbronn mit generellem Tempo 40 ohne Schilderwald?

Auch bei den Müllgebühren erleben wir: immer mehr Regelungen, diese führen zu mehr Aufwand und am Ende zu höheren Kosten. Wenn man dann noch aus dem Kreistag den Satz hört „man müsse die Bürger erziehen“ dann weiß man, dass nicht alles richtig läuft.

Wir sollten uns bei jeder Maßnahme fragen: Dient Sie wirklich der Sache oder verwaltet sie nur das Problem?

### **Wir müssen Strukturelle Herausforderungen ehrlich benennen**

Wir erleben wirtschaftlich schwierige Zeiten. Stellenabbau in großen Unternehmen wie Audi oder Bosch. Mehr als 3 Mio Arbeitslose, so viele wie seit Jahren nicht mehr. Konkret hat jetzt ASW angekündigt den Standort in Bad Rappenau im Sommer zu schließen. Die AUDI Tochter PSW schließt den Standort Neckarsulm, betroffen sind 100 Arbeitsplätze. Ebenso Bosch Engineering in Abstatt, mit Abbau von bis zu 380 Stellen. Bei uns gibt es, auch bei Elektro und Bauunternehmen rückläufige Auftragsbücher. Es betrifft uns hier, bei uns vor Ort!

Nur der Staat baut weiter aus, im letzten Jahr 36.000 neue Stellen. Neue Jobs entstehen oftmals nur noch dort, wo Sie durch Steuergelder finanziert werden.

Bereits im vergangenen Jahr haben wir darauf hingewiesen, nicht jede neue Aufgabe, kann automatisch eine neue Stelle rechtfertigen.

Natürlich sind Tarifsteigerungen nachvollziehbar.

Natürlich brauchen wir qualifiziertes Personal.

Natürlich kann es nicht sein, dass man von oben herunter Aufgaben ohne Finanzierung aufgebremst bekommt.

Aber wenn Personalkosten kontinuierlich steigen und gleichzeitig Mittel für Sanierungen, Infrastruktur fehlen, geraten wir strukturell unter Druck.

Hier müssen wir ehrlich sein – auch uns selbst gegenüber.

### **Wir stehen nicht für reflexartigen Steuererhöhungen**

Für die Freien Wähler ist klar: Die Lösung kann nicht dauerhaft in Gebührenerhöhungen oder Steueranhebungen liegen.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer werden wir nicht mittragen. Da wir im Vergleich mit umliegenden Kommunen eher im vorderen Drittel aktuell zu finden sind.

Wir müssen zuerst Strukturen hinterfragen, Prioritäten setzen und Ausgaben überprüfen.

Solide Finanzen bedeuten nicht nur, auf die Ausgaben zu schauen – sondern auch, die Ein-

nahmenseite aktiv und kreativ zu gestalten.

Als Freie Wähler sehen wir hier noch ungenutztes Potenzial. In unserer Stadt und den Ortsteilen, stehen städtische Gebäude leer oder werden nicht optimal genutzt. Hier bitten wir um Prüfung, ob nicht die Möglichkeit besteht, z. B. zum Verkauf, evtl. zur Vermietung oder Umnutzung.

Ein weiterer konkreter Ansatz ist die Ausstattung aller Teilorte mit Paketstationen. Die ist ein echter Mehrwert für unsere Bürgerinnen und Bürger – praktisch, zeitgemäß und bürgernah.

Unser Ziel sollte es sein, diese möglichst auf städtischen Liegenschaften zu platzieren.

Die Einnahmen mögen für sich überschaubar sein, doch in der Summe tragen sie zur Stabilisierung unseres Haushalts bei.

Viele kleine Maßnahmen können in ihrer Gesamtheit einen spürbaren Beitrag leisten.

### **Wir erkennen Positives durchaus An**

Bei aller Kritik, sowie den unterschiedlichen Meinungen, an der ein oder anderen Stelle, sehen wir selbstverständlich auch, die Bemühungen der Verwaltung die finanzielle Lage im Griff zu behalten. **Dafür danken wir ausdrücklich.**

Neben der RappSoDie, läuft in Obergimpfern der Umbau der Sporthalle, die Sanierung der Grundschule Heinsheim, der Anbau der Kernzeit in Babstadt dies sind nur einige große Projekte, die verantwortungsvoll begleitet werden und aktuell auch sehr gut im Kosten- und Zeitrahmen liegen.

Erfreulich ist auch, dass es uns gemeinsam gelungen ist mit Frau Dr. Hund in Bonfeld eine neue Hausärztin anzusiedeln und in Bad Rappenau eine weitere folgen wird.

Ein weiteres positives Beispiel was man gemeinsam erreichen kann, wenn man an einem Strang zieht, haben wir jetzt bei der Verbesserung der Buslinie von den Ortsteilen Treschklingen – Furfeld – Bonfeld nach Heilbronn erlebt.

Es ist meines Erachtens ein Novum, dass das Landratsamt eine bestehende Ausschreibung nochmals abändert.

Hierzu hatten wir frühzeitig unseren Haushaltsantrag der Verwaltung eingereicht der die Schiebung der ½ Mio Planungsgebühren, der Krebsbachtalbahn vorsah.

Da das Landratsamt hier einseitig ÖPNV Kilometer aus der Raumschaft Bad Rappenau entfernt hätte, was so in der Vereinbarung damals vertraglich nicht abgemacht war.

Natürlich haben wir sofort zugestimmt, als uns die Verwaltung gebeten hat, ob Sie dies als Druckmittel dem Landratsamt gegenüber zukommen lassen dürfte.

An dieser Stelle einen ausdrücklichen Dank an Herrn Franke für seinen Einsatz und auch an den Bürgerverein Bonfeld sowie allen Beteiligten, auch dem Druck der lokalen Presse.

Wichtig ist hierbei aber, dass die Bürgerinnen und Bürger dies dann auch nach der Umsetzung nutzen und rege davon Gebrauch machen.

### **Wir müssen Verantwortungsvoll entscheiden**

Auch bei Projekten wie der Krebsbachtalbahn plädieren wir für Augenmaß. Bevor erhebliche Planungskosten investiert werden, müssen alle Rahmenbedingungen klar sein.

Mit der Stellungnahme der Verwaltung zu unserem Antrag sind wir einverstanden, und würden diesen Vorschlag so mittragen.

Es geht hier nicht um Verhinderung einer Maßnahme, sondern um einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern.

Gerade in finanziell anspruchsvollen Zeiten ist dies unsere Pflicht.

## **Schlusswort**

Sehr geehrte Damen und Herren, die kommenden Jahre werden uns fordern, aber Sie sind gemeinsam gestaltbar.

Wenn wir Prioritäten setzen.

Wenn wir ehrlich kommunizieren.

Wenn wir bereit sind Strukturen zu hinterfragen und

wenn wir gemeinsam, zusammen mit der Verwaltung Verantwortung übernehmen.

Dann bleibt unser Bad Rappenau und unsere Teilorte auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig.

Im Namen der Freien Wähler danke ich der gesamten Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit – auch dort wo Kritik im Sinne der Sache geäußert wurde.

Die Freien Wähler stimmen dem Haushaltsentwurf der Stadt Bad Rappenau, sowie dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtentwässerung für das Jahr 2026 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

## **CDU-Fraktion**

### **Die Stellungnahme trägt der Fraktionsvorsitzende Timo Reinhardt vor:**

„Sehr geehrter Herr OB Frei, sehr geehrtes Gremium, werte Verwaltung, liebe Bürger, Benjamin Franklin sagte einst: „Sparsamkeit ist die Grundlage aller Tugend.“ Der diesjährige Haushalt ist demnach eine große Tugend – doch er stellt uns vor enorme Herausforderungen. Auf der einen Seite stehen Einnahmen, die einen Hauch von Optimismus verbreiten. Auf der anderen Seite wachsen die Ausgaben unaufhaltsam: Pflichtaufgaben und die damit verbundenen Kosten nehmen weiterhin zu – hier sei nur die Ganztagesbetreuung genannt. Zwar sind wir mittlerweile gut aufgestellt, doch die Unterhaltung von Räumen und dem Betreuungsangebot schlägt spürbar zu Buche. Personalkosten steigen kontinuierlich – Umgruppierungen, Neueinstellungen und Tariferhöhungen tragen maßgeblich zu den insgesamt 22.8 Millionen Euro bei, die mehr als ein Viertel des Haushalts ausmachen.

Als wäre das nicht genug, ächzen wir – wie viele andere Gemeinden – unter den Folgen weltwirtschaftlicher Ereignisse. Was vor Jahren noch wie ein fernes Szenario wirkte, trifft uns heute unmittelbar: Der Iran-Konflikt, steigende Kraftstoffpreise, die Verknappung und Verteuerung elementarer Düngemittel und damit einhergehende höhere Lebensmittelkosten. Energieintensive Produktionszweige leiden unter den Auswirkungen – verschärft durch macht- und geltungssüchtige Staatslenker in Schlüsselregionen. Wer hätte vor wenigen Jahren gedacht, dass sich die Preisspirale so rasant nach oben dreht? Und das sind nur die wirtschaftlichen Folgen – ganz zu schweigen von den menschlichen Schicksalen und möglichen neuen Flüchtlingsströmen, die durch globale Krisenherde auf Europa zukommen könnten.

Aber zunächst müssen wir uns um unsere Angelegenheiten kümmern – auf die Weltpolitik haben wir leider nur wenig Einfluss.

Nachfolgend möchte ich auf unser Haushaltsanträge eingehen und diese näher erläutern.

### **Förderung Photovoltaikanlagen**

Unser Antrag zielt darauf ab, das bestehende Förderprogramm für Photovoltaik bereits jetzt zu beenden.

Warum? Nicht, weil wir Photovoltaik nicht begrüßen oder gar grundlegend ablehnen – hier stimmen wir den Überlegungen der Bundesregierung nicht zu, die Förderung bzw. Einspeisevergütung prinzipiell in Frage zu stellen. Doch das selbst auferlegte städtische Förderprogramm mit einem jährlichen Volumen von 25.000 Euro bietet nur einen geringen

3 / 6

finanziellen Anreiz, um freiwillig in die private Stromerzeugung einzusteigen. Bei Neubauten oder umfassenden Dachsanierungen ist die Installation von Photovoltaik ohnehin oft Pflicht – und unterliegt damit nicht den Förderrichtlinien zur PrämienGewährung.

Hinzu kommt: Der eigentliche monetäre Anreiz der Förderung hat durch die stark gesunkenen Anlagenpreise an Bedeutung verloren. Die Deckelung auf 1.000 Euro für Aufdachanlagen und 150 Euro für Balkonkraftwerke reicht nicht aus, um eine grundsätzliche Investitionsbereitschaft zu wecken – sie wird vielmehr als „netter Bonus“ wahrgenommen, der gerne mitgenommen wird.

Die Stadt hat dieses Förderprogramm vor Jahren freiwillig eingeführt. Angesichts der aktuellen Haushaltslage und des geringen tatsächlichen Mehrwerts halten wir das Konzept jedoch für überholt. Es ist legitim – ja sogar notwendig –, an dieser Stelle Einsparungen vorzunehmen. Letztlich wird sich jeder Bürger, der über eine Photovoltaik-Anschaffung nachdenkt, auch ohne Förderung für eine Investition entscheiden, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

### **Kleinspielfeld Heinsheim**

Die Heinsheimer Sportanlagen sind bereits heute gut aufgestellt, um Kindern und Jugendlichen ausreichend Platz zum Toben und Bewegen zu bieten. Neben großzügigen Grünflächen, einem Trainingsplatz, nahen Spielplätzen und einem bereits bestehenden Bolzplatz ist das Angebot vielfältig.

Verständlich ist der Wunsch nach einem schlechtwettertauglichen, asphaltierten Bolzplatz – doch angesichts des begrenzten finanziellen Spielraums sehen wir uns leider gezwungen, dieses Projekt vorerst zurückzustellen. In dieser Situation könnte eine Patenschaft oder ein Sponsoring durch lokale Unternehmen oder Vereine eine interessante Alternative sein. Dass dies in der aktuellen wirtschaftlichen Lage schwieriger denn je ist, ist uns bewusst. Dennoch müssen wir die geplanten 50.000 Euro im diesjährigen Haushalt einsparen.

Fairerweise sei erwähnt: Auch andere Ortsteile wünschen sich ähnliche Anlagen. Würden wir dem Ansinnen zustimmen, bestünde die Gefahr, unerfüllbare Erwartungen zu wecken – und das bei knappen Ressourcen, die wir verantwortungsvoll verteilen müssen.

### **Umwidmung Parkplatz zu TinyHouse**

Der Vorschlag, Pilotprojekte für (mobile) Tiny Houses umzusetzen, wird von verschiedenen Fraktionen regelmäßig diskutiert – insbesondere im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Baugebiete. Daher schlagen wir vor, in diesem Jahr ein solches Pilotprojekt auf einer bereits vorhandenen Fläche zu starten.

4 / 6

Mit geringem Aufwand – etwa durch den Anschluss an Zuleitungen für Abwasser, Strom und Internet – ließe sich auf der Parkfläche in der Weidenstraße ein Vorzeigeprojekt realisieren. Wir könnten etwas wagen, Vorgaben wie Grenzabstände auf ein Minimum reduzieren – wir wollen weg von Bürokratie und zusätzlichen Vorgaben, hier haben wir die Chance. Die Fläche mit einer Gesamtgröße von 285 m<sup>2</sup> wird nach Rückmeldungen von Anwohnern und eigenen Beobachtungen überwiegend als Abstellplatz für PKW-Anhänger genutzt – eine Nutzung, die weder im Sinne der Stadt noch der eigentlichen Zweckbestimmung als Parkplatz sein kann.

Ein Verkauf oder eine Umnutzung dieser Fläche für Tiny Houses könnte nicht nur ein innovatives Wohnkonzept ermöglichen, sondern auch einen Erlös im sechststelligen Bereich erzielen.

Damit würden wir zwei Ziele verbinden: praktische Lösungen für bezahlbaren Wohnraum schaffen und gleichzeitig städtische Ressourcen effizienter nutzen.

Zu den Vorschlägen der anderen Fraktionen möchte ich folgendes Bemerkungen.

### **FFW Schließung von Bürgerbüros**

Zweifelsohne lässt sich die Wirtschaftlichkeit der Bürgerbüros hinterfragen – doch ihre Schließung wäre ein schwerer Fehler, dem wir entschieden widersprechen.

Die lokalen Anlaufstellen sind unverzichtbar: Sie bieten Bürgern einen direkten, kurzen Weg zu Verwaltungsdienstleistungen und persönliche Beratung vor Ort. Eine Schließung würde nicht nur die Arbeitsbelastung im Rathaus erhöhen – und damit zusätzlichen Personal- und Raumbedarf schaffen –, sondern auch Leerstände in den Stadtteilen hinterlassen. Die Immobilien, oft in Bürgerhäusern oder zentral gelegenen Gebäuden, sind aufgrund ihrer Lage und Bauweise kaum alternativ nutzbar. Dennoch fallen weiterhin Kosten für Instandhaltung, Heizung und Betrieb an.

Doch es geht um mehr als nur Zahlen: Die Schließung der Bürgerbüros senden ein fatales Signal an die Ortsteile. Eine weitere Zentralisierung der Verwaltung vertieft die Kluft zwischen Bürgern und „denen da oben“. Besonders unverständlich ist, dass ausgerechnet Mitglieder der Freien Wähler aus den betroffenen Stadtteilen diese Entwicklung vorantreiben – obwohl sie noch im vergangenen Jahr in einer großen Anzeige den Abschied einer Mitarbeiterin mit den Worten bedauerten, ihr „Weggang sei ein großer Verlust für die Bürgernähe im Ort“.

Wir lehnen diesen Vorschlag momentan daher klar ab und gehen auch davon aus, dass dieser zurückgezogen wird. Bürgernähe darf nicht dem Sparzwang geopfert werden.

5 / 6

### **Standort Feuerwehr Bad Rappenau**

Die Diskussion um die Feuerwehren – insbesondere die Situation im Kernort und das dortige Gerätehaus – sollte eigentlich längst abgeschlossen sein. Im vergangenen Jahr kam dieses Thema immer wieder auf, weshalb ich nur kurz darauf eingehen möchte: Die CDU-Fraktion steht weiterhin geschlossen und ohne Wenn und Aber hinter der Entscheidung, die neue Heimat der Feuerwehr auf dem vorgesehenen Areal in der Riemenstraße umzusetzen.

In persönlichen Gesprächen mit Feuerwehrvertretern habe ich mich davon überzeugt, dass auch sie diese Entscheidung unterstützen – nicht nur, weil sie die schnellste, sondern auch die sinnvollste Lösung darstellt. Dieser Wunsch wurde sowohl in der Abteilungsversammlung als auch in der Hauptversammlung deutlich geäußert. Wir stimmen dem zu, respektieren ihn und setzen uns mit aller Kraft für eine schnellstmögliche Umsetzung ein.

### **Kindergartengebühren**

Mir graut es jetzt schon vor den Diskussionen über Kostenanpassungen in den Kitas, die uns im Frühsommer unvermeidlich beschäftigen werden. Die Richtung, in die sich die Kosten entwickeln, ist leider nur allzu bekannt.

Ich appelliere bereits heute an die Eltern, mit uns ins Gespräch zu kommen. Wir wollen transparent aufzeigen, wie sich die Kosten tatsächlich zusammensetzen – und wie gering der Elternanteil im Vergleich zu den Gesamtkosten ist. In absoluten Zahlen wird deutlich: Ein Kita-Platz kostet die Stadt im Schnitt ca. 7.600 Euro pro Monat (wie Frau Schulz bei der Haushaltseinbringung dargestellt hat). Dabei sind schon ca. 40% der Kosten abgezogen, die durch Bund und andere Einnahmen abgedeckt sind. Der größte Brocken bleibt bei uns, der Stadt, der Allgemeinheit. Diese Tagesordnungspunkt wird die Sitzung sein, in der die Zuschauertribüne gefüllt sein wird.

Wie es mit dem Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion weitergeht – ein kostenfreies, vom Land getragenes, verpflichtendes letztes Kita-Jahr einzuführen – wird sich nach den Sondierungsgesprächen zeigen. Der Plan zielte nicht nur darauf ab, Eltern zu entlasten, sondern vor allem darauf, Bildungschancen für alle Kinder zu verbessern. Ein solches Jahr hätte sicherstellt, dass Kinder sprachlich und fachlich optimal auf die Grundschule vorbereitet werden – und nicht erst in der ersten Klasse mit Defiziten kämpfen. Die 200 Millionen Euro, die das Land hierfür tragen würde, wären eine Investition, die sich langfristig rechnet: Weniger Förderunterricht, bessere Startchancen – und hoffentlich auch eine Entlastung für den kommunalen

## **Danke**

Mit einem Zitat möchte ich schließen:

„Haushaltsverhandlungen sind kein Kampf um Geld, sondern um die Zukunft.“

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf und den Anträgen der Fraktionen die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft Bad Rappenaus richtig stellen.

Vielen Dank an dieser Stelle an die Verwaltung für die produktive Zusammenarbeit, an Frau Schulz und ihr gesamtes Team für die Zusammenstellung, Präsentation und Erläuterung des vorliegenden Planung.

Die CDU Fraktion stimmt damit dem vorliegenden Haushaltsentwurf der Stadt Bad Rappenau und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ für das Jahr 2026 zu und respektiert selbstverständlich die demokratischen Entscheidungen der zur Abstimmung stehenden Anträge.“

## **SPD-Fraktion**

### **Die Stellungnahme trägt die Stellv. Fraktionsvorsitzende Anika Störner vor:**

„ Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Frei,  
liebe Frau Schulz, sehr geehrte Herren der Verwaltung,  
liebes Gremium,  
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

„Fünf vor 12 ist schon vorbei“. Diese Schlagzeile war zu Beginn des Jahres im Magazin des Gemeindetags zu lesen. Und auch unsere Kämmerin, Frau Schulz, betone in ihrer Haushaltsrede, dass sich unsere Finanzen seit 2024 „im freien Fall“ befinden und eine Besserung mittelfristig nicht in Sicht ist.

Diese Aussagen machen die Verabschiedung unseres Haushalts 2026 nicht wirklich einfacher.

Die aktuellen Herausforderungen – von der finanziellen Handlungsfähigkeit über den sozialen Zusammenhalt bis hin zum Klimawandel – treffen an erster Stelle und völlig ungebremst die Kommunen. Dabei engen steigende Ausgaben, sinkende Einnahmen und immer neue Anforderungen von Bund und Land unseren Handlungsspielraum und den vieler anderer Kommunen zunehmend ein. Sowohl der Städtetag als auch der Gemeindetag Baden-Württemberg weisen daher seit Monaten eindringlich auf die angespannte Haushaltsslage hin, in der viele Kommunen kaum noch in der Lage sind, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen, geschweige denn Zukunftsprojekte anzustoßen.

Doch in den Kommunen wird das staatliche Handeln konkret. Hier entscheidet sich, ob Politik Vertrauen schafft und ob uns der Wandel gelingt. Angesichts der finanziellen Lage ist es daher richtig, dass wir verantwortungsvoll handeln. Ja – wir müssen sparen, Prioritäten setzen und jeden Euro zweimal umdrehen. Aber wir dürfen Sparen nicht mit Stillstand verwechseln. Gerade jetzt brauchen wir Mut zu Investitionen: in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz. Nur so sichern wir langfristig die Lebensqualität in Bad Rappenau und schaffen die Voraussetzungen für solide Finanzen von morgen. Daher sollten wir bei der Verabschiedung des Haushalts mit Augenmaß agieren und nicht alles komplett auf Eis legen. Hier müssen wir gemeinsam die richtige Balance zwischen sparen und investieren finden – wahrlich keine leichte Aufgabe, gerade mit Blick auf die bereits geplanten Vorhaben.

Zu einer der größten Investitionen der kommenden Jahre zählt ohne Zweifel der Abriss und Neubau des **RappSoDie**. Im Jahr 2026 sind hierfür 11,4 Mio. Euro im Haushalt veranschlagt. Eine Investition, die zwar in den freiwilligen Aufgabenbereich fällt, aber uns als Bäderstadt

nachhaltig prägen wird. Wir freuen uns auf den Spatenstich im April und wünschen weiterhin einen zügigen und reibungslosen Bauverlauf.

Immer wieder hört man in der Stadt Stimmen, dass nach dem Neubau des RappSoDie kein Geld mehr für den **Neubau des Feuerwehrhauses in der Kernstadt** übrig sei. Für uns als SPD-Fraktion ist unumstritten, dass die aktuelle Situation auf Dauer nicht mehr tragbar ist. Wir stehen daher hinter dem neuen Feuerwehrhaus in der Kernstadt und werden auch künftig die Beschlüsse mittragen. Ebenso werden wir uns bei der anstehenden Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans einbringen und die erforderlichen Beschlüsse unterstützen.

Wir sind froh, dass wir eine derart leistungsfähige Wehr in unserer Stadt haben. Gerade bei der zurückliegenden Jahreshauptversammlung wurde wieder anschaulich dargestellt, was hier im Ehrenamt geleistet wird. Die SPD-Fraktion bedankt sich daher ganz herzlich bei allen Feuerwehrkameradinnen und -kameraden für Ihren Einsatz zu quasi jeder Uhrzeit. Wir sind froh, wenn ihr alle wieder unbeschadet zurückkommt.

Mit der **Generalsanierung der Krebsbachhalle** erfolgt in diesem Jahr eine weitere große Baumaßnahme, für die rund 3 Mio. Euro eingeplant ist. Wir freuen uns schon gemeinsam mit den Vereinen aus Obergimpfern auf das Endergebnis. Vielen Dank an dieser Stelle an die Verantwortlichen des OCV, die in der zurückliegenden Faschingskampagne gezeigt haben, was Flexibilität bedeutet und nach Grombach ausgewichen sind. Belohnt wurden sie unter anderem mit zwei ausverkauften Prunksitzungen.

Die SPD-Fraktion ist generell froh um die Rappenauer Vereinslandschaft und die ehrenamtlichen Strukturen. Das ist ein enormer Mehrwert für die gesamte Stadtgesellschaft – unser Dank gilt daher allen, die sich hier für das Gemeinwohl engagieren.

Ein bedeutendes Themenfeld ist die Bildung. Auch hier sind wichtige Positionen im Haushalt eingeplant.

Im Bereich der **Kindertageseinrichtungen** sind wir im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Plätze sehr gut aufgestellt. Baumaßnahmen wie die Erweiterung der Kita St. Raphael kommen gut voran. Von unserer Seite haben wir die Hausaufgaben gemacht – bleibt zu hoffen, dass die neue und alte Landesregierung ihre Hausaufgaben nun ebenfalls macht und in Sachen Kitagebühren den Kommunen und damit vor allem den Familien endlich entgegenkommt. Wir von Seiten der SPD-Fraktion würden uns dies jedenfalls sehr wünschen.

Im **schulischen Bereich** sind ebenfalls einige Maßnahmen im Haushalt eingeplant. Neben der Generalsanierung der Grundschule Heinsheim wird unter anderem die Kernzeit in Babstadt neu gebaut.

Beide Bereiche sind Investitionen in unsere Kinder und damit in unsere Zukunft. Neben der Pflicht dürfen wir dabei aber die Kür nicht vergessen. Sobald Kindergarten und Schule beendet sind, bedarf es weiterer Anlaufmöglichkeiten für unsere Kinder und Jugendlichen. Hier haben wir in der Vergangenheit nahezu flächendeckend in die Erneuerung der Spielplätze investiert. Sehr zur Freude der Kinder. Doch in einem kleinen Dorf am Neckarstrand müssen die Kinder und Jugendlichen aktuell noch darauf warten. Hier gibt es drei Spielplätze, die bereits in die Jahre gekommen sind. Auf vielen vorhandenen Spielgeräten habe bereits ich als Kind gespielt, was nun auch schon wieder ein paar Jahre zurückliegt. Es gibt einen Bolzplatz am Sportplatz, der bei gutem Wetter stark bespielt wird. Doch sobald der Boden nass ist, fehlt hier insbesondere für die älteren Kinder und Jugendliche ein passender Ort. Die SPD-Fraktion unterstützt daher den seit 2023 bestehenden Wunsch der **Heinsheimer** nach einem **Multifunktionsfeld** ausdrücklich. Der favorisierte Standort liegt in unmittelbarer Nähe zur Grundschule und damit auch zur Kernzeit, sodass hier eine Mitnutzung möglich wäre. Auch der Kindergarten würde sich über ein solches Feld freuen und mit der Erschließung des Baugebietes Neckarblick werden zudem weitere potenzielle Nutzer dazukommen.

Eine Finanzierung und Sponsorsuche über den örtlichen Sportverein ist für uns nicht verantwortlich, denn der TSV leistet bereits einen integrativen Mehrwert für den Ort, der mit Geld

nicht messbar ist. Zumal es sich hierbei um einen Wunsch aus der Bevölkerung handelt und nicht jeder Heinsheimer Mitglied im TSV ist.

Bei allen Sparzwängen sollten wir aus Sicht der SPD-Fraktion die Mittel für das Multifunktionsfeld im Haushalt 2026 belassen – damit halten wir Wort, schaffen Vertrauen in die lokale Politik und setzen den drei Jahre alten Wunsch der Heinsheimer Kinder und Jugendliche in diesem Jahr nun endlich um.

Sollte der Antrag der CDU-Fraktion eine Mehrheit finden, werden wir diese natürlich respektieren - bitten aber direkt alle Ratskollegen, aktiv bei der erwähnten Sponsorensuche zu unterstützen. Vielleicht erklärt sich ja auch der ein oder andere Selbstständige hier am Ratsrund für ein Sponsoring bereit.

Zum Abschluss möchte ich noch auf unsere gestellten Anträge zum diesjährigen Haushalt eingehen. Der Blick auf die Anträge aller Fraktionen zeigt, dass wir in diesem Jahr alle den Anspruch hatten, den städtischen Haushalt finanziell zu entlasten.

Auch unser erster Antrag zur Reduzierung des freien Grunderwerbs von 800.000 € auf 500.000 € zielte darauf ab, Mittel einzusparen. Wir haben einige ältere Gebäude und freie Bauplätze in unserem Portfolio, die wir erst einmal vorrangig entwickeln bzw. vermarkten sollten. Daher haben wir an eine Reduzierung um 300.000 € gedacht, um bei einem „Schlüsselprojekt“ noch handlungsfähig zu sein. Priorität haben für uns aber erst einmal die Grundstücke im Bestand, bevor wir weitere Grundstücke dazukaufen und damit den Haushalt zusätzlich belasten.

Der Antrag zur Umwidmung des Ansatzes für die Fassadensanierung des F-Baus hin zur Grundschule Obergimpfern ist hinfällig, da wir bereits in der letzten Sitzungsrunde die Erneuerung der Heizungsanlage in der Schule beschlossen haben. Wir ziehen daher beide Anträge zurück.

Vom Mayerhof in Richtung Norma und anschließend weiter bis zum Dobach bzw. Mühlbach ist ein geschotteter Radweg geplant. Diese Maßnahme kann über eine LGVFG gefördert werden, allerdings nur bei einem asphaltierten Weg. Wir haben daher beantragt, die Mittel für 2026 zu streichen und für das nächste Jahr wieder voll einzuplanen und dann die Förderung zu beantragen. Die Verwaltung hat dieses Vorgehen über die Änderungsliste ebenfalls vorgeschlagen, daher ist unser Antrag hinfällig und wird zurückgezogen.

An dieser Stelle möchten wir an den geplanten Kreisverkehr am Zimmerhöfer Kreuz erinnern und hoffen sehr, dass der vorgesehene Verkehrsversuch in diesem Jahr endlich umgesetzt wird.

Der Wunsch nach einem zusätzliche Beachvolleyballfeld im Kurpark wurden seitens der Bevölkerung an uns herangetragen. Diesen Antrag ziehen wir zurück, da im Freibad und damit in unmittelbarer Nähe bereits eine adäquate Ausweichmöglichkeit vorhanden ist.

Am **Friedhof in Obergimpfern** sollen zusätzliche **Parkplätze** angelegt werden. In der Vorberatung wurde betont, dass diese Maßnahme gefördert und damit der städtische Anteil auf 24.000 € reduziert wird. Unser Antrag ist somit hinfällig und wird daher zurückgezogen.

Mit Blick auf die Zeit muss ich nun langsam zum Ende kommen, auch wenn es noch viele weitere Themen gibt, die eigentlich erwähnenswert sind.

Im Namen der SPD-Fraktion bedanke ich mich beim gesamten Gremium und der Verwaltung für die meist konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle unserer Heimatstadt.

Wir stimmen der Haushaltssatzung, der Finanzplanung bis 2029 sowie dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Bad Rappenau zu. Lasst uns gemeinsam hoffen, dass die nächste Verabschiedung des Haushalts unter einem besseren finanziellen Stern steht –

denn die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt.  
Vielen Dank.“

## **B90/Die Grünen Fraktion**

### **Die Stellungnahme trägt der Fraktionsvorsitzende Robin Müller vor:**

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Kollegen im Gemeinderat, liebe Amtsleiter und liebe Frau Schulz, liebes Presse-Team und last not least, lieber Herr Oberbürgermeister Sebastian Frei,

Zuerst ein Wort des Dankes. Meine Fraktion dankt der Kämmerei und allen Fachbereichen für solide Arbeit in bewegten Zeiten. 8 Jahre lang hat Herr Frei gezeigt, wie man die Verwaltung mit Geschick und Führungsstärke leitet und der Gemeinde ein guter Oberbürgermeister ist. Wir gratulieren ihm zu seiner Wiederwahl. Das klare Votum der Bürgerschaft verstehen wir als Rückenwind für eine konstruktive, harmonische und erfolgreiche Zusammenarbeit. Gemeinsam mit Ihnen, Herr Frei, freuen wir uns darüber und wir gehen mit Ihnen die Aufgabe an, die Stadt jedes Jahr aufs Neue weiterzuentwickeln. Bad Rappenau ist lebenswert und das wird Bad Rappenau auch bleiben.

Lassen Sie mich die Haushaltsrede unserer Fraktion mit einer Beobachtung aus dem Verkehrsrecht beginnen: auch die Vorfahrt fordert Verantwortung. Vorausschauendes Fahren und Rücksichtnahme verhindern Staus. Genau darum geht es in unserem Haushalt: um Verantwortung, Rücksichtnahme, Vorausschauendes Handeln, Klarheit in der Priorität und Verlässlichkeit in der Umsetzung.

Uns ist allen klar, dass dieser Haushalt auf Jahre wenig beweglich ist. Das ist die Folge zweier gewichtiger Projekte, die wir gemeinsam und bewusst entschieden haben: des Neubaus unseres Sole- und Familienbads und des neuen Feuerwehrhauses in der Riemenstraße. Beide Baumaßnahmen folgen direkt aufeinander.

Unsere Mitbürgerschaft – und vor allem die Feuerwehr – darf sicher sein, dass wir dieses zweite Großprojekt nicht schieben werden. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN steht zu einer nahtlosen Abfolge und wir stehen zu der großen Verantwortung für das schnellstmögliche Gelingen beider Vorhaben.

Das Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz stellt den Ländern zweckgebundene Investitionsmittel zur Verfügung, die – je nach Ausgestaltung des Landes – auch Kommunen erreichen. Das LuKIFG regelt 100 Mrd. Euro Bundesmittel für Länder – und über diese für Kommunen –, zweckgebunden für Sachinvestitionen: etwa Bevölkerungsschutz, Verkehr, Energie/Wärme, Bildung und Digitalisierung. Diese Mittel sind für zusätzliche Sachinvestitionen gedacht.

Unsere schwarz-rote Bundesregierung spielt Foul, wenn sie investive Maßnahmen aus dem regulären Haushalt nimmt, über das durch den letzten Bundestag beschlossene Sondervermögen finanziert und damit letztendlich Löcher im Haushalt stopft.

In Bad Rappenau werden wir einen anderen Weg gehen. An jeder geeigneten Stelle werden wir die uns zugewiesenen Mittel des LuKIFG aktiv nutzen, um neu in unsere Infrastruktur zu investieren. Förderungen aus dem Sondervermögen werden bei uns Zukunft schaffen, Folgekosten senken und die Daseinsvorsorge stärken.

Der Verwaltung und den Fraktionen muss es um das gehen, was wir auch bei engen Kassen anpacken müssen, weil Nichtstun teurer wäre: verlässliche technische Strukturen im Katastrophenschutz und in der Feuerwehr; sichere Brücken und Straßen an kritischen Stellen; eine robuste Trink- und Abwasserversorgung; Kitas und Schulen, die Rechtsansprüche erfüllen; Barrierefreiheit und Brandschutz in unseren Gebäuden; kluge Hochwasser- und Starkregenvorsorge dort, wo sie gebraucht wird; eine belastbare, sichere Energie und Stromversorgung, eine sichere IT der Verwaltung; und überall dort, wo es wirtschaftlich ist, Energieeffizienz in kommunalen Liegenschaften, damit die laufenden Kosten sinken.

Ein kleiner Posten mit großer Wirkung liegt mir besonders am Herzen: das von Heinsheimer

Bürgerinnen, Bürgern, Schüler\*innen und Jugendlichen gewünschte Kleinspielfeld in Heinsheim, das immerhin mit Kosten von fünfzigtausend Euro verbunden sein wird. Auf dem Papier mag das eine nicht unerhebliche Zusatzbelastung der Finanzen unserer Gemeinde sein. Zur ganzen Wahrheit gehört allerdings, dass eine solche Anlage für Gemeinschaft, Sport und Spaß steht und viel mehr Gewinn als Belastung bringt. Die in unserem Haushalt abzubildenden 50.000 Euro bedeuten Bewegung, Begegnung und Gesundheit. Ein Kleinspielfeld macht glücklich – Sport mit Freundinnen und Freunden, draußen, jetzt, im Frühling, im Sommer wie im Herbst. Es ist Prävention, Integration und Heimat und damit eine sehr kluge Investition in die Zukunft unserer Jugend und unserer Teilorte. Gemeinsame Sportstätten machen Bad Rappenau für Schüler\*innen und Jugendliche sympathisch und lebenswert. Bad Rappenau, seine Freizeitangebote und sein Sport können sich sehen lassen.

Klimaschutz mag zurzeit ein Aufreger und ein Kostenfaktor sein. Daher muss man ihn – in Zeiten großer finanzieller Belastung für Haushalte und Kommunen – nüchtern betrachten. Es geht nicht um Etiketten oder um „grüne Politik“, es geht um Kosten und Nutzen.

Schäden durch Hitze, Starkregen und Dürre sind real; Prävention ist günstiger als Reparatur. Kommunaler Klimaschutz rechnet sich, wenn wir ihn pragmatisch angehen: mit Maßnahmen, die Schäden abwenden, Betriebskosten senken, Gesundheit schützen und unseren Kindern eine Zukunft bieten.

Mehr Bäume an Hitzeschwerpunkten, Schattenplätze an Spiel- und Aufenthaltsorten, entsiegelte Flächen, Wechselflor auf Wiesen, Blühstreifen für Insekten. „Wildwuchs-Inseln“ dort, wo es passt, Pflanzenpflege reduzieren, Artenvielfalt erhöhen. Den städtischen Wald behutsam erweitern, Jungbaumpflege priorisieren; Regenwassermanagement mit Mulden, Versickerung und Rigolen.

Warum lokaler Klimaschutz? Macht das im Weltmaßstab überhaupt einen Unterschied? Ja, es macht einen Unterschied für uns. Jede eingesparte Kilowattstunde senkt unsere Kosten. Jede vermiedene Hitzebelastung schützt Gesundheit. Jede Dachanlage und jedes Stück Bürgerenergie macht uns unabhängiger. Das ist Betriebswirtschaft für unsere Stadt und ein Dienst an der nächsten Generation. Und wir gehen als Vorbild voran. Es muss immer jemand die ersten Schritte machen: in den Kommunen, in den Bundesländern, in Europa. Auch dann, wenn anderen Klima-schutz egal ist oder wenn er gar als „Fake News“ abgetan wird.

Neben dem Klimaschutz geht es zurzeit um explodierende Energiekosten und damit um eine doppelte Belastung aller. Gegen beide Probleme hilft die Energie auf unseren eigenen Dächern. Wir schreiben uns ins Stammbuch: Photovoltaik soll – wo immer statisch, rechtlich und wirtschaftlich möglich – auf die Dächer unserer städtischen Liegenschaften und Beteiligungen, vorzugsweise für den Eigenverbrauch. Und wir lassen die Bürgerinnen und Bürger nicht allein: Unser Fördertopf für private PV sollte auch 2027 nicht enden, sondern mit Zuschüssen für Planung und Anmeldung, mit Sammelausschreibungen für günstigere Konditionen und – wo gewünscht – mit dem Weg in eine Bürgerenergiegenossenschaft weitergehen. So entsteht aus vielen kleinen Schritten ein großer.

Unsere Kommunalpolitik muss stets sozial fair sein und das heißt für uns: Angebote so gestalten, dass Haushalte mit kleinem Budget mitkommen. Ein Beispiel sind verständliche, niedrigschwellige Programme für Balkon-PV mit sozialem Zuschlag oder kostenlose Erstberatung und Planungsbausteine, damit die Hürde nicht das Formular ist. Der gleiche Gedanke gilt für die Anpassung an Hitze: mehr Schatten, mehr Bäume, mehr Wasserstellen dort, wo Menschen sich aufhalten. Das hilft allen und besonders denen, die nicht in den eigenen Garten ausweichen und keine eigenen vier Wände ausgestalten können.

Eine Besonderheit unserer Gemeinde ist die unechte Teilortswahl und daraus folgend ein sehr großes Gremium. Wir respektieren die Idee, Repräsentanz der Teilorte zu sichern, und wir wollen zugleich effizient arbeiten. Deshalb sollten wir die Wohnbezirke und Sitzkontingente regelmäßig an die tatsächlichen Einwohnerzahlen anpassen, Überhangmandate vermeiden und so die Balance von Repräsentanz und Arbeitsfähigkeit wahren. Ein kleineres Gremium würde unseren Haushalt ab der Kommunalwahl 2029 entlasten und nicht weniger effektiv arbeiten. Lassen Sie uns ab heute die Weichen dafür stellen, dass wir bis 2029 einen großen Wurf in eigener Sache und zugunsten unseres Haushalts machen.

Der Haushalt für das Jahr 2026 spiegelt nicht alle Wünsche. Er arbeitet das ab, was eine

Stadt leisten muss, und er eröffnet dort Spielräume, wo der Nutzen dauerhaft größer ist als die Kosten. Wenn wir verlässlich, Schritt für Schritt - gemeinsam mit Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft - vorgehen, bleibt Bad Rappenau lebenswert und solide, heute und morgen.

Meine Fraktion steht zu dieser Linie: verantwortungsvoll, zukunftsorientiert, bürgernah. Wir danken allen, die diesen Weg mitgehen, den Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt und allen Ehrenamtlichen in Vereinen, Kirchen und Initiativen. Gemeinsam schaffen wir es, dass aus Pflicht ein gutes Stück Zukunft wird.

Vielen Dank.“

## **ÖDP- Fraktion**

### **Die Stellungnahme trägt der Fraktionsvorsitzende Klaus Ries-Müller vor:**

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Frei, meine Damen und Herren,

#### **1. Einleitung:**

Wenn wir nichts ändern, dann bleibt alles so wie es ist - wirklich?

Der Satz war schon immer falsch - aber noch nie so falsch wie heute!

Ein Zurück in die Vergangenheit zur vermeintlich schönen heilen Welt gibt es nicht mehr!

Angesichts der ökologischen Krisen, dem Artensterben und dem Klimawandel, wird eine Veränderung kommen – entweder gestaltet von der Politik oder als Katastrophe.

Nur wenn wir den Mut aufbringen, uns zügig vom fossilen Zeitalter, von Öl und Gas, zu verabschieden, besteht die Chance auf einen Alltag ohne Hitzerekorde, ohne Erpressung durch durchgeknallte Präsidenten und ohne Kriege um Öl und Gas.

#### **Was wir dringend ändern müssen, ist unsere Versorgung mit Energie.**

Spaniens Regierungschef Pedro Sanchez brauchte beim EU-Gipfel in Brüssel nur zwei Zahlen, um seinen Kollegen den Spiegel vorzuhalten. Mehr als 100 Euro kostete Mitte März eine Megawattstunde Strom in Deutschland, Italien und Frankreich. In Spanien: 14 Euro, weil das Land schon früh massiv auf erneuerbare Energien gesetzt hat.

Wer seinen Energiebedarf für 400 Milliarden Euro im Jahr aus dem Ausland deckt – von Schurkenstaaten und Krisenregionen –, der finanziert seine eigene Abhängigkeit. (Kölner Stadtanzeiger, 20.3.2026)

Nach dem Ukraine Schock und 6 weiteren Ölkrisen (1973: Jom-Kippur-Krieg; 1979: 1. Golfkrieg Iran Irak; 1990: 2. Golfkrieg um Kuwait; 2007: Weltfinanzkrise, 2011: Arabischer Frühling, 2020: Corona Pandemie),

hat es die Bundesregierung immer noch nicht kapiert.

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche und Bundeskanzler Merz wollen die regenerativen Energien, allen voran die Photovoltaik für Privatleute ausbremsen.

„Gas-Kathi“ wie Katharina Reiche früher als sie bei E.ON arbeitete genannt wurde, macht ihrem Spitznamen alle Ehre.

Das ganze Vorgehen erinnert an 2012, als durch eine „EEG-Reform“ nach der anderen die deutsche Solarindustrie in den Ruin getrieben wurde. Die Gaslobbyistin Reiche war damals verantwortliche Staatssekretärin unter dem damaligen Wirtschaftsminister Altmaier.

Die Folge: Der Verlust von 100 000 Arbeitsplätzen und der Verlust der bis dahin weltweit führenden deutschen Solarindustrie. (siehe dazu: ZDF-Beitrag Frontal 21: [www.zdfheute.de/video/frontal/klimaziele-in-gefahr-energiewende-stockt-100.html](http://www.zdfheute.de/video/frontal/klimaziele-in-gefahr-energiewende-stockt-100.html) )

Die Chinesen bedienten sich an der Konkursmasse zu Schleuderpreisen und skalierten die in Deutschland entwickelte Technik hoch. In China kommt 40 % des Wirtschaftswachstums heute durch erneuerbare Energien (2023).

Dabei geht es nicht nur um Klimaschutz:

Erneuerbare Energien sind Friedensenergien. Um sie kann kein Krieg geführt werden! Sonne und Wind brauchen nicht die Meerenge von Hormus.

Kommen wir nach Bad Rappenau, wo auch wir von diesen globalen Entwicklungen abhängig sind:

## **2. Erneuerbar statt erpressbar: Mehr Energie vom Dach und aus der Region**

Auch in Bad Rappenau brauchen wir mehr Photovoltaik auf privaten und städtischen Dächern.

Den Antrag der FW und der CDU zu Streichung des PV (Photovoltaik)-Förderprogramms halten wir von der ÖDP für ein **fatales Signal für die Öffentlichkeit**: Klimaschutz fällt in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten als erstes hinten runter.

Viele Antragssteller rechnen mit dem Programm, nachdem es Oberbürgermeister Frei bei seiner Haushaltsrede bereits angekündigt hat.

Auch beim weiteren Ausbau der PV auf **bestehenden** städtischen Gebäuden herrschte im letzten Jahr mal wieder Stillstand.

Vielleicht können wir mal mit dem Technischen Ausschuss potentielle „nackte“ Dächer mit der BEG-Kraichgau abfahren und klären, ob die BEG hier nicht die eine oder andere PV-Anlage installieren könnte.

PV in Kombination mit einem Batteriespeicher bietet auch die Möglichkeit, in Notzeiten, bei Stromausfall eine Notstromversorgung aufzubauen.

Ein Batteriespeicher ist auch eine Option für unsere Altanlagen, die demnächst aus der Förderung fallen, den Eigenverbrauch zu erhöhen.

## **Regionale Wärmeversorgung:**

Auch die Umstellung unserer Gebäude auf regionale Fernwärme (wie in Obergimpfern gerade beschlossen) muss nicht nur wegen der Energiesicherheit weiter vorangetrieben werden. Eine regional Wertschöpfung bedeutet auch mehr Gewerbesteuer für die Stadt.

Wir wünschen uns einen Plan, wie zum Beispiel nach Babstadt eine Verbindung geschaffen werden kann.

## **3. Gesunde Stadt**

### **3.1. Belebung der Innenstadt (Fußgängerzone)**

Bei der Belebung der Innenstadt hat sich in den letzten Jahren viel getan, auch durch neue gastronomische Angebote. Doch wo bleiben die angekündigten Baumpflanzungen, die ja möglichst im Frühjahr (also jetzt) stattfinden sollten.

### **3.2. Barrieren abbauen, für ein barrierefreies Bad Rappenau**

Bei einer Begehung Ende 2024 mit einer sehbehinderten Person und einem Rollstuhlfahrer ergaben sich eine Reihe von kleineren Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit.

Enttäuscht sind wir, dass unser Antrag zur Umsetzung der Maßnahmen seit einem Jahr in der Schublade liegt, obwohl uns eine Bearbeitung zugesichert wurde.

## **Zertifikat „Gesunde Stadt“:**

Die Barrierefreiheit und die Abkühlung durch Bäume sind wichtige Themen für das Projekt „Gesunde Stadt“, das vom Land gefördert wird.

Oder sollen hier vornehmlich Papier und Presseankündigungen für Stuttgart produziert werden.

## **4. Konsequentes Vorgehen gegen Vandalismus und Schmierereien**

Den Sicherheitsdienst in der jetzigen Form halten wir für nutzlos. Dazu trägt auch das Auftreten und die örtliche Präsenz (genauer: Nicht-Präsenz oder Präsenz am falschen Ort) der 2 Personen bei.

Nun soll die Leistung neu ausgeschrieben werden. Wir hoffen, dass die neuen Sicherheitsleute zukünftig schnell und flexibel mit z. B. einem Scooter unterwegs sind und dann auch wirklich für Sicherheit sorgen. Das Sicherheitsgefühl der Einwohner würde deutlich gefördert, wenn der Sicherheitsdienst bei einer Bedrohung oder bei Vandalismus per Handy gerufen

werden kann. Wie bitten dies, bei der Ausschreibung zu berücksichtigen.

Vandalismus kann auch verhindert werden, indem die Schmierereien schnell wieder entfernt werden.

Das funktioniert bei uns bei weitem nicht, obwohl hier mehr Personal (Maler) eingestellt wurden. Beispiel: Unterführung am Kurpark.

## **5. Noch zu weiteren Nicht-ÖDP-Anträgen**

### **5.1. Planungskosten für die Krebsbachtalbahn schieben**

Die Freien Wähler wollen die Planungskosten für die Krebsbachtal verschieben, aus Verärgerung wegen der Busstreichungen vom Landratsamt.

Auch wenn ich die Verärgerung nachvollziehen kann, hat das eine mit dem anderen nichts zu tun. Die Krebsbachtalbahn ist ein Gemeinschaftsprojekt, wo sich die Partner auf die Zusagen vom Gemeinderat der Stadt Bad Rappenau verlassen müssen. Wir als ÖDP hatten damals der unbeliebten Bahn-Unterführung zugestimmt, damit im Gemeinderat auch mit den Stimmen der FW eine Mehrheit für die Krebsbachtalbahn zustande kam. An diese Vereinbarung möchten wir die FW erinnern. Oder kann man sich auf die damaligen Zusagen der Fraktions-sprecher nicht mehr verlassen?

### **5.2. Prüfung der Schließung von Verwaltungsstellen in den Ortsteilen:**

Die Freien Wähler beantragten eine Prüfung der Schließung von Verwaltungsstellen in den Ortsteilen. Diese Prüfung lehnen wir von der ÖDP ab, da wir auch keine Einsparungen erwarten. Wir bitten die Verwaltung, dass heute darüber abgestimmt wird, ob überhaupt eine Prüfung stattfinden soll.

Was frustriert nicht nur die weniger mobilen Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen:

Der schleichende Verlust der Infrastruktur, von Ärzten, Bankfilialen, Nahversorgern und Gaststätten. Dazu kommt noch eine schlechte ÖPNV Anbindung, weshalb wir ja gerade die Krebsbachtalbahn befürworten.

Einher geht damit ein Verlust an sozialen Kontakten. Diesen schmerzhaften Prozess sollten wir als Stadt nicht noch beschleunigen, durch die Schließung der Verwaltungsstellen.

Viele Angestellte vor Ort in den Ortsteilen sind seit Jahren für „ihrem“ Ortsteil zuständig. Dieser persönliche Kontakt ist ein Pluspunkt, der bei einer Zentralisierung im Kernort verloren geht.

## **6. Hundesteuer**

Die Hundesteuer soll 2027 erhöht werden. Bei der letzten Satzungsänderung (2019) wollte die Verwaltung aufgrund der Forderung des Gemeindetags auch die Jagdhunde besteuern, aus Gründen der Steuergerechtigkeit und weil die reine Jagdausübung ein Hobby darstelle.

Entsprechend zahlen die Jäger in allen anderen 45 Gemeinden im Landkreis Heilbronn die Hundesteuer, nur nicht in Bad Rappenau. Die „Jagdlobby“ im Gemeinderat hat damals weiterhin eine Steuerbefreiung für Jagdhunde durchgesetzt.

Wir von der ÖDP möchten schon jetzt darauf hinweisen, dass wenn es bei der Steuerbefreiung für Jagdhunde bleibt, auch Bergungshunde, die es in Bad Rappenau auch gibt, ebenso von der Steuer befreit werden.

## **7. Zum Schluss**

Wir von der ÖDP befürchten u. a. weitere Trump-sche Turbulenzen, die auch uns in Bad Rappenau finanziell treffen.

Auch die Prognosen unserer Kämmerin Frau Schulz sagen nichts Gutes. Eine Gewerbesteuererhöhung um 12 % ist ja bereits für die Zukunft eingeplant.

Wir sollten dieses Jahr nutzen und kontinuierlich weitere, sinnvolle Sparvorschläge sammeln und diskutieren. Ob wir dies nun im Verwaltungsausschuss machen oder in einer speziellen Sparkommission, ist sekundär.

Wenn sich - wieder erwarten - alles zum Guten wendet, dann können wir die Vorschläge wieder in den Giftschränk stellen, bis zur nächsten Rezession.

Ich bedanke mich fürs Zuhören!“

1) Beratung und Beschlussfassung über

a) eingegangene Änderungsanträge der Fraktionen

**1. Schiebung der 0,5 Mio. € Planungskosten der Krebsbachtalbahn**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Nach Beratung dieses Punktes teilt die FW-Fraktion mit, dass sie mit dem Vorschlag der Verwaltung die Planansätze zu tauschen (2026: 250 T€ + VE 500 T€ + 2027: 500 T€) mitgehen können und bitten um Abstimmung hierzu.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu, die Planansätze der Jahre 2026 und 2027 bei dieser Maßnahme zu tauschen, die Planansätze sehen dann wie folgt aus: In 2026 ein Planansatz von 250.000€ sowie eine Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 500.000€ und in 2027 ein Planansatz von 500.000€.

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Einstimmig beschlossen.

**2. Prüfung Einsparung durch Schließung einzelner BürgerBüros**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Nach einer kurzen Diskussion, ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, ob eine Verbesserung der Ortsteilanbindung bzw. eine höhere Effizienz durch Schließung der BürgerBüros erzielt werden kann.

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	25
Enthaltungen:	0

Mehrheitlich abgelehnt.

**3. Streichung/Aussetzung des PV Förderprogramms 2026**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Nach einer kurzen Diskussion, ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu das PV-Förderprogramm in 2026 zu streichen.

Ja-Stimmen: 21  
Nein-Stimmen: 14  
Enthaltungen: 0

Mehrheitlich beschlossen.

**4. Streichung der Stelle des Klimaschutzmanagers**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Die FW-Fraktion zieht den Antrag zurück.

**5. Prüfung ob Rasenmähroboter wirklich nicht günstiger zu bekommen sind**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Die FW-Fraktion zieht den Antrag zurück.

**6. Mehreinnahmen durch Gewerbeansiedlung; Rechenschaftsbericht zum Thema „Wirtschaftsförderung“**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Die FW-Fraktion zieht den Antrag zurück.

Der Vorsitzende sichert einen Sachstandsbericht der Wirtschaftsförderung in einer der nächsten Sitzungen zu.

**7. Streichung „Sicherheitsdienst“**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Die ÖDP-Fraktion betont erneut die Unzufriedenheit mit dem aktuellen Sicherheitsdienst und zieht den Antrag zurück.

**8. Erstellung eines Konzeptes zur Stromversorgung der städtischen Liegenschaften bei Blackout (mehrtägiger Stromausfall)**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Die ÖDP-Fraktion zieht den Antrag zurück.

**9. Erinnerung an Antrag von 2025: Barrieren abbauen für eine barrierefreies Bad Rappenu**

- Weiße Markierungsstreifen an Treppenstufen Bahnunterführung Bahnhof, Treppe am seitlichen Rathauseingang, Treppe im Rathaus
- Weitere farbliche Markierungsstreifen bei Stahlstangen am Lichtturm (Salinensteg)
- Barrierefreier Zugang zur Toilette am Bahnhof
- Sprachausgaben der Stockwerke in den Aufzügen am Rathaus, auch bei den neuen Aufzügen am Bahnhof und Lichtturm (Salinensteg) vorsehen
- Busbahnhof, Sprachausgabe der Verbindungen defekt
- Vibrationsgeber Ampelanlage Kirchenstraße defekt, zusätzliche Sprachausgabe einbauen

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Nach einer regen Diskussion im Gremium und der Erläuterung des Vorsitzenden, dass eine Ablehnung des Antrags keine allgemeine Ablehnung der Barrierefreiheit in Bad Rappenu bedeutet, ergeht folgender

Beschluss:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	30
Enthaltungen:	0

Mehrheitlich abgelehnt.

**10. Reduzierung freier Grunderwerb**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Nach einer kurzen Diskussion im Gremium, ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu den Haushaltsansatz für freien Grunderwerb von 800.000€ auf 500.000€ zu senken.

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	16
Enthaltungen:	9

Mehrheitlich abgelehnt.

**11. Umwidmung Ansatz für Fassadensanierung F-Bau Verbundschule (21.10.1000-0014) zugunsten Generalsanierung Grundschule Obergimpern (21.10.0100-0610)**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Die SPD-Fraktion zieht den Antrag zurück.

## **12. Einstellung von Mitteln zur Instandsetzung der Heizungsanlage Grundschule Obergimpfern**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Die SPD-Fraktion zieht den Antrag zurück.

## **13. Streichung/Verschiebung Mittel für Radweg Zimmerhof LGVFG-Förderung möglich bei bituminösem Ausbau; Kosten 250.000€, Förderquote 50%, Eigenanteil nur 125.000€, Umsetzung in 2027**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Die SPD-Fraktion zieht den Antrag zurück.

## **14. Zusätzliches Beachvolleyballfeld im Kurpark oder beim Spielplatz Zimmerhof**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Die SPD-Fraktion zieht den Antrag zurück.

## **15. Zusätzliche Parkplätze am Friedhof Obergimpfern; Antrag auf Haushaltssperre für diese Maßnahme bis zur Förderzusage bzw. Streichung der Maßnahme, wenn keine Förderung erfolgt oder wenn sich im Rahmen der Planung aufzeigt, dass die Belastung der Gemeindefinanzen merklich über den Planansatz hinausgeht**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Die SPD-Fraktion zieht den Antrag zurück.

## **16. Umsetzung Kleinspielfeld Heinsheim nicht durch städtische Mittel sondern durch Sponsoren, organisiert durch den örtlichen Sportverein**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Nach einer regen Diskussion über die Vor- und Nachteile der Umsetzung des Spielfeldes in 2026, ergeht folgender

### Beschluss:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	20
Enthaltung:	3

Mehrheitlich abgelehnt.

### **17. Umwidmung Parkplatz Flst. Nr. 6041 Weidenstraße in Bad Rappenau zugunsten 2 bis 3 Tiny-House-Stellplätze**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Nach einer kurzen Diskussion im Gremium schlägt der Vorsitzende vor durch die Verwaltung die Umwidmung und Vermarktung der Fläche für 2 bis 3 Tiny-House-Stellplätze vorzunehmen und nach Eingang der Angebote die Entscheidung über die Vergabe wieder im Gemeinderat bzw. Technischen Ausschuss zu treffen. Eine Entsiegelung durch die Stadt wird nicht erfolgen.

Das Gremium nimmt diesen Vorschlag an. Eine Abstimmung über den Haushaltsantrag gibt es nicht, da dieser nicht haushaltsrelevant ist.

### **18. Prüfauftrag zur Neuregelung der Nutzung von Parkplätzen an Friedhöfen, Sportstätten und im Bereich von Einrichtungen, die der Kommune dienen**

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 zur Vorlage Nr. 017/2026.

Die Grünen-Fraktion zieht den Antrag zurück.

#### b) Änderungsliste

Der Vorsitzende erläutert kurz anhand der Anlage 5 zur Vorlage 017/2026 die wesentlichen Posten der Änderungsliste.

Eine Aussprache findet nicht statt. Daraufhin ergeht folgender

#### Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Änderungsliste zum Haushaltsplan 2026.

Einstimmig beschlossen.

#### 3) Verabschiedung der Haushaltssatzung 2026

#### Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt gemäß § 81 GemO die Haushaltssatzung der Stadt Bad Rappenau für das Haushaltsjahr 2026 mit allen Bestandteilen und gemäß § 85 GemO die Finanzplanung bis 2029. Gegenüber dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2026 einschließlich der der heutigen Gemeinderatssitzung vorgelegten Änderungsliste werden folgende Änderungen beschlossen:

- Tausch der Planansätze für die Krebsbachtalbahn der Jahre 2026 und 2027. Die

Planansätze sehen dann wie folgt aus: In 2026 ein Planansatz von 250.000€ sowie eine Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 500.000€ und in 2027 ein Planansatz von 500.000€ (THH 2 – 54.70.2000-0012).

- Das PV-Förderprogramm 2026 i.H.v. 25.000€ wird gestrichen (THH 1 – 56.10.0700).

Die im Beschlussantrag der Verwaltung ausgewiesene Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 mit allen Bestandteilen und die Finanzplanung bis 2029 werden unter Einarbeitung dieser Änderungen wie folgt beschlossen:

Einstimmig beschlossen.

## **Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung**

### **1. Haushaltssatzung der Stadt Bad Rappenau für das Haushaltsjahr 2026**

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 26.03.2026 die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 beschlossen:

#### **§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt**

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen EUR

1.1	Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	76.916.000
1.2	Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	81.196.500
1.3	<b>Veranschlagtes Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von</b>	<b>-4.280.500</b>
1.4	Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	1.500.000
1.5	Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0
1.6	<b>Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von</b>	<b>1.500.000</b>
1.7	<b>Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von</b>	<b>-2.780.500</b>

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen EUR

2.1	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	74.832.700
2.2	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	74.207.600
2.3	<b>Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushaltes (Saldo aus 2.1 und 2.2) von</b>	<b>625.100</b>
2.4	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	21.487.000
2.5	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	34.674.200
2.6	<b>Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von</b>	<b>-13.187.200</b>
2.7	<b>Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von</b>	<b>-12.562.100</b>
2.8	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	8.200.000
2.9	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	624.000
2.10	<b>Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von</b>	<b>7.576.000</b>
2.11	<b>Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von</b>	<b>-4.986.100</b>

## **§ 2 Kreditermächtigung**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 8.200.000 EUR

## **§ 3 Verpflichtungsermächtigungen**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 38.760.400 EUR.

## **§ 4 Kassenkredite**

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf **15.000.000 EUR**.

Bad Rappenau, den 26.03.2026

Sebastian Frei  
Oberbürgermeister

#### 4) Feststellung des Wirtschaftsplans 2026 des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Bad Rappenau“

Der Gemeinderat beschließt gemäß § 14 EigBG den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ für das Wirtschaftsjahr 2026.

Einstimmig beschlossen.

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Eigenbetrieb der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz – EigBG) in der Fassung vom 8. Januar 1992, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Juni 2020 (GBl. S. 403), hat der Gemeinderat der Stadt Bad Rappenau am 26.03.2026 den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2026 wie folgt beschlossen:

## § 1 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2026 wird mit folgenden Werten festgesetzt:

### 1. Erfolgsplan

1.1	Gesamtbetrag der Erträge	7.600.000 €
1.2	Gesamtbetrag der Aufwendungen	7.563.500 €
1.3	<b>veranschlagtes Jahresergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2)</b>	<b>36.500 €</b>

### 2. Liquiditätsplan

2.1	Summe der Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	6.641.600 €
2.2	Summe der Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	5.419.500 €
2.3	<b>Zahlungsmittelüberschuss der Erfolgsrechnung (Saldo aus 2.1 und 2.2)</b>	<b>1.222.100 €</b>
2.4	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	908.100 €
2.5	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	7.714.700 €
2.6	<b>Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5)</b>	<b>- 6.806.600 €</b>
2.7	<b>Finanzierungsmittelbedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)</b>	<b>- 5.584.500 €</b>
2.8	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	6.806.600 €
2.9	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.651.400 €
2.10	<b>Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9)</b>	<b>5.155.200 €</b>
2.11	<b>Saldo des Liquiditätsplans (Saldo aus 2.7 und 2.10)</b>	<b>- 429.300 €</b>

## § 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen im Liquiditätsplan wird auf **6.806.600 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Wirtschaftsjahre mit Auszahlungen für Investitionen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird auf 0 € festgesetzt.

## § 3 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im laufenden Jahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 3.000.000 € festgesetzt.

Bad Rappenau, den 26.03.2026

Sebastian Frei  
Oberbürgermeister

---

Verteiler:  
10.1.3 E

**5.) Bewirtschaftung der Mensa der Verbundschule Bad Rappenau  
hier: Vergabeempfehlung**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 021/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Stadtrat Klaus Ries-Müller gibt für die ÖDP-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

„Aus finanzieller Sicht ist die Ausschreibung ein Erfolg. Dies führt zu geringen Zuschüssen seitens der Stadt.

Für uns bleibt aber ein schlechter Beigeschmack.

Wie auch bei vergangenen Ausschreibungen haben wir wieder einen Großversorger aus NRW mit 7500 Beschäftigten.

Örtliche Anbieter haben kein Angebot abgegeben. Liegt es vielleicht an der Ausschreibung, die ja auf Großanbieter zugeschnitten ist.

In Siegelsbach zum Beispiel liefert die Siegelsbacher Mühle das Essen für die Grundschule. Damit bleibt die Wertschöpfung vor Ort.“

In der folgenden Diskussion wird angesprochen:

- Die Gemeinde Siegelsbach und die Stadt Bad Rappenau sind bei dieser Thematik nicht vergleichbar, da die Stadt Bad Rappenau ein größeres Ausschreibungsvolumen hat, weshalb die Vergabe leider europaweit ausgeschrieben werden muss und eine freie Vergabe ausgeschlossen ist.
- Man darf aufgrund des Europarechts nicht vorgeben, dass die zu verwendenden Produkte regional sein müssen.

Nach Klärung weniger Sach- und Verständnisfragen, ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt

1. Nach sorgfältiger Prüfung durch das Fachamt, erhält die Fa. apetito catering Education B.V. & Co KG.; Düsterbergstr. 5 in 48432 Rheine den Zuschlag für Angebot Nr. 2026687133 vom 02.03.2026.
2. Als Abgabepreis für das Mittagessen in der Mensa an der Verbundschule werden EUR 4,00 pro Mahlzeit festgelegt.
3. In Kindertagesstätte, Hort, und Kernzeit wird eine Pauschale in Höhe von EUR 80,00 pro Monat für die Teilnahme am warmen Mittagessen festgelegt.

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 3

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
FW E

**6.) Feuerwehrangelegenheiten**  
**hier: Zustimmung nach § 8 Abs. 2 Feuerwehrgesetz Baden-Württemberg und § 11 Abs. 5 der Feuerwehrsatzung Bad Rappenau zur Wahl der stellvertretenden Kommandanten der Feuerwehr Bad Rappenau**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 016/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage und drückt seine Freude über die Wiederwahl der beiden Stellvertreter aus.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den Wahlen von Thomas Wachno als erster stellvertretender Kommandant und Ilja Woitaschek als zweiter stellvertretender Kommandant der Feuerwehr Bad Rappenau zu und ermöglicht damit die Bestellung durch den Oberbürgermeister auf die Dauer von fünf Jahren in der jeweiligen Funktion.

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
30.1.1 E

**7.) Bestellung von Frau Cora Freudenberger zur weiteren Standesbeamtin**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 015/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erklärt den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Bestellung von Frau Cora Freudenberger zur weiteren Standesbeamtin für den Standesamtsbezirk Bad Rappenau mit Wirkung ab 01.04.2026 zu.

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
30.1.1 E

**8.) Erlass einer Satzung nach § 8 Abs. 1 Ladenöffnungsgesetz über verkaufsoffene Sonntage in Bad Rappenau im Jahr 2026**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 014/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung nach § 8 Abs. 1 Ladenöffnungsgesetz zur Zulassung von drei verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen im Jahr 2026 in Bad Rappenau (ohne Stadtteile).

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
50.1.1 E  
50.1.2 K

**9.) Reinigung und baulichen Zustandserfassung (TV-Inspektion) der Kanäle und Schächte in der Kernstadt Bad Rappenau, Bereich West  
hier: Maßnahmenbeschluss zur Vergabe der Ingenieurleistungen**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 026/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Durchführung der Kanalreinigung, TV-Inspektion Schadensbewertung und Erstellen eines Sanierungskonzeptes für das Kanalnetz der Kernstadt Bad Rappenau, westlicher Teil mit geschätzten Gesamtkostenumfang von ca. 330.000,- € (einschl. 19% MwSt.) zu.
2. Der Gemeinderat stimmt der Auftragsvergabe für die hierzu erforderlichen Planungsleistungen an das Ingenieurbüro Hilmar Zapf, Siedlerstraße 22 in 74927 Eschelbronn zu.

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
50.1.1 E  
50.1.2 K

**10.) Ausführung von Kanalsanierungsarbeiten im Stadtteil Wollenberg auf der Grundlage der EKVO**

**1. Maßnahmenbeschluss**  
**2 Vergabe des Planungs- und Bauleitungsauftrages**  
**3. Ermächtigung des Oberbürgermeisters für Auftragsvergaben bis 500.000,00 € bei dieser Maßnahme**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 027/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erklärt den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Nach Klärung von Sach- und Verständnisfragen, ergeht folgender

Beschluss:

3. Der Gemeinderat stimmt der Ausführung von Kanalsanierungsarbeiten (Reparatur- und Sanierungsverfahren) im Stadtteil Wollenberg mit einem geplanten Kostenumfang von insgesamt ca. 590.000,- € (einschl. 19% MwSt. und Baunebenkosten) zu.
4. Der Gemeinderat stimmt der Auftragsvergabe für die hierzu erforderlichen Planungs- und Bauleistungen an das Ingenieurbüro Hilmar Zapf, Siedlerstraße 22 in 74927 Eschelbronn, jeweils über die Leistungsphasen 3 und 5 bis 9 gemäß HOAI 2021 zu.
5. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, Aufträge zu dieser Maßnahme bis zu einer Auftragssumme von 500.000,- € entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Bad Rappenau zu erteilen.

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
40.3.1 E  
40.4.1 K

**11.) Städtebauliche Erneuerungsmaßnahme „Nördlicher Stadtkern“**

- 1. Erweiterung des Untersuchungsgebietes für die vorbereitenden Untersuchungen der Stufe 2 nach § 141 Abs. 3 BauGB**
- 2. Beauftragung weiterer Beratungsleistungen an die LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH bei der Vorbereitung und Durchführung der städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 018/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt anhand der Vorlage. Er weist darauf hin, dass Bürger Hinweise gerne schriftlich der Stadtverwaltung melden können, ggf. könnten dann weitere Gebäude mit in das Sanierungsprogramm aufgenommen werden nach Prüfung durch die LBBW.

Nach Klärung von Sach- und Verständnisfragen, ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Technische Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat das Untersuchungsgebiet für die vorbereitenden Untersuchungen Stufe 2 der städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme „Nördlicher Stadtkern“ gemäß § 141 Abs. 3 BauGB zu erweitern.

2. Der Technische Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat den Auftrag an die LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH für weitere Beratungsleistungen bei der Vorbereitung und Durchführung der städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme zu erteilen.

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
40.4.1 E  
40.3.1 K

**12.) Bebauungsplan „Nahverkehrszentrum 2. Änderung“ in Bad Rappenau  
hier: Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes „Nahverkehrszentrum 2. Änderung“  
in Bad Rappenau**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 020/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu nach § 10 des BauGB in der derzeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg und § 74 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg, den Bebauungsplan „**Nahverkehrszentrum 2.Änderung**“ in Bad Rappenau als Satzung zu beschließen.

- Dem räumlichen Geltungsbereich  
Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes ergibt sich aus dem zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes.
  
- Bestandteil dieser Satzung  
Der Bebauungsplan bestehend aus:
  1. Lageplan mit zeichnerischem Teil vom 12.11.2024
  2. textlichem Teil vom 12.11.2024
  3. örtlichen Bauvorschriften vom 12.11.2024
  4. Begründung vom 12.11.2024
  5. Umweltbericht vom 28.06.2024
  6. Geräuschimmissionsprognose vom 18.07.2024
  
- In Kraft treten  
Dieser Bebauungsplan tritt mit seiner ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft (§10 Abs.3 BauGB).

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
40.4.1 E  
40.3.1 K

- 13.) Bebauungsplan Halmesäcker in Bad Rappenau Fürfeld**
- 1. Zustimmung zur Abwägung der Stellungnahmen aus der Durchführung der erneuten Offenlage und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange**
  - 2. Zustimmung eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landratsamt Heilbronn**
  - 3. Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 023/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt anhand der Vorlage.

In der folgenden Diskussion wird angesprochen:

- In der Ortschaftsratssitzung Fürfeld soll der Abschlussbericht der Rettungsgrabungen behandelt werden, die Gemeinderäte sind herzlich eingeladen an der Sitzung teilzunehmen.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Abwägung der Stellungnahmen aus der erneuten Offenlage zu.
2. Der Gemeinderat stimmt der Vereinbarung eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landratsamt Heilbronn zu.
3. Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften:

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander beschließt der Gemeinderat den Bebauungsplan „**Halmesäcker**“ in **Bad Rappenau Fürfeld** sowie die für diesen Bereich geltenden örtlichen Bauvorschriften nach §10 des BauGB vom 03.11.2017 (Bundesgesetzblatt I S. 3634) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden Württemberg und § 74 der Landesbauordnung für Baden Württemberg in den derzeit gültigen Fassungen als Satzungen.

Der Text für die Satzungen lautet wie folgt:

### **§1 Räumlicher Geltungsbereich**

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes ergibt sich aus dem zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes.

### **§2 Bestandteil dieser Satzung**

Der Bebauungsplan besteht aus:

1. Lageplan mit zeichnerischem vom 03.02.2026
2. und textlichem Teil vom 03.02.2026
3. örtliche Bauvorschriften vom 03.02.2026
4. Begründung vom 03.02.2026
5. Begründung Teil2 mit Umweltbericht vom 29.02.2024

6. Fachbeitrag Artenschutz vom 29.02.2024
7. Grünordnerischer Beitrag mit Eingriffs- Ausgleichs-Untersuchung vom 29.02.2024 mit Bestandsplan vom Okt. 2023
8. Geräuschimmissionsprognose vom 05.04.2018

### **§3 In Kraft treten**

Dieser Bebauungsplan tritt mit seiner ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft (§10 Abs.3 BauGB).

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
40.4.1 E  
40.3.1 K

#### **14.) Bebauungsplan für die „Herrlisbrunnen 5. Änderung“ in Bad Rappenau Babstadt hier: Offenlagebeschluss für eine Bebauungsplanänderung nach §13a BauGB**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 019/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Nach Klärung weniger Sach- und Verständnisfragen, ergeht folgender

#### Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu einen Offenlagebeschluss für den Bebauungsplan „**Herrlisbrunnen 5. Änderung“ in Bad Rappenau – Babstadt** für ein Bebauungsplanverfahren nach § 13a BauGB zu fassen.

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
40.4.1 E  
40.3.1 K

- #### **15.) Bebauungsplan für die „AGRI-PV im Stützen“ in Bad Rappenau Bonfeld**
- 1. Zustimmung zur Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung**
  - 2. Zustimmung zum Entwurf für Planung „AGRI-PV im Stützen“ in Bad Rappenau Bonfeld**
  - 3. Beschluss zur Offenlage für den Bebauungsplan „AGRI-PV im Stützen“ in Bad Rappenau Bonfeld**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 022/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erklärt den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung des Bebauungsplanes „AGRI-PV im Stützen“ in Bad Rappenau Bonfeld zu.
2. Der Gemeinderat stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes „AGRI-PV im Stützen“ in Bad Rappenau Bonfeld zu.
3. Der Gemeinderat stimmt der Offenlage des Bebauungsplanes „AGRI-PV im Stützen“ in Bad Rappenau Bonfeld zu.

Ja-Stimmen: 33  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 2

Einstimmig beschlossen.

---

Verteiler:  
40.4.1 E  
40.3.1 K

**16.) FNP 2013/2014 - 6. Änderung „im Stützen“ in Bonfeld**  
**1. Beschluss zur Abwägung der Stellungnahmen und**  
**2. Beschluss zur Offenlage**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 024/2026 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erklärt den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Bad Rappenau empfiehlt dem Gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Bad Rappenau – Kirchartd – Siegelsbach der Abwägungstabelle zuzustimmen und den Beschluss zur Offenlage für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes 2013/2014 zu fassen.

Ja-Stimmen: 33  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 2

Einstimmig beschlossen.

---

Gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Der Vorsitzende:

Schriftführer/in:

Protokollpersonen:

---

---

---

---

Verfügung:

1. Die am Rand bezeichneten Stellen erhalten Auszüge aus dem Protokoll
2. Ablichtung des Protokolls für den Oberbürgermeister
3. An die Stelle 0 mit der Bitte, die erforderlichen Unterschriften einzuholen
4. Anschließend zu den Akten bei Stelle 0

Frei  
Oberbürgermeister